

Hinweis:

Sollten Sie oder ein Haushaltsmitglied in dem Kalenderjahr vor der Antragstellung oder im aktuellen Kalenderjahr noch andere Einnahmen z. B. aus nichtselbständiger oder selbständiger Arbeit, einer geringfügigen Beschäftigung o. ä. erzielt haben, sind diese Einnahmen ebenfalls nachzuweisen.

Die Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wurde ausgehändigt.

Fachbereich Finanzen - Wohngeld
Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz
Auskunft erteilt:
Frau Kwant
Telefon: 02202 / 14-2532
E-Mail: wohnungswesen@stadt-gl.de
Telefonische Beratung
Dienstag und Donnerstag:
09.00-12.00 Uhr

Informationen zum Ausfüllen des Antrages auf einen Wohnberechtigungsschein

1. Es ist zu beachten, dass der **Antrag** sowie die Einkommenserklärung **vollständig** ausgefüllt und **unterschrieben** sein müssen. Alle beigefügten Nachweise werden ausschließlich in **Kopie** akzeptiert. Das Ausstellen einer Wohnberechtigungsbescheinigung ist gebührenpflichtig (20,00 €). Bitte unbedingt die **Zahlungsaufforderung abwarten**.
2. Antragsteller = weißer Vordruck (Einkommenserklärung)
Familienangehörige ab dem 16. Lebensjahr = gelber Vordruck
3. Arbeitnehmer:
 - a. Einkommenserklärung bei schwankendem Einkommen oder Einkommensveränderungen vom Arbeitgeber ausgefüllt und unterschrieben
 - b. Lohnabrechnung von Januar bis Dezember des letzten Jahres sowie die letzten 3 Lohnabrechnungen des aktuellen Jahres
4. Rentner:
 - a. aktuelle Rentenbescheide aller Rentenbezüge
5. Arbeitslose:
 - a. Vollständige Bescheide über Arbeitslosengeld II (Bürgergeld) und/oder Arbeitslosengeld I für den Zeitraum ab Januar des aktuellen Jahres
 - b. Kündigungsschreiben des Arbeitgebers
6. Schwangeren oder jungen Eltern:
 - a. Mutterpass (mit Entbindungstermin)
 - b. Bescheid über Elterngeld
 - c. Bescheinigung vom Arbeitgeber über die Dauer der Elternzeit
7. Studenten:
 - a. Aktuelle Studienbescheinigung
 - b. BAföG-Bescheid
 - c. Garantiebescheinigung der Eltern (ggfs. Unterhaltsnachweis)
 - d. Bei Einkommen aus Berufstätigkeit (Nebentätigkeit) siehe Punkt 3.
8. Sozialhilfe/Grundsicherung:
 - a. Aktuelle Bewilligungsbescheide (vollständig)
 - b. Bescheide vom gesamten letzten Jahr

9. Auszubildende:
 - a. Ausbildungsvertrag
 - b. Unterlagen wie unter Punkt 3.
10. Schüler (ab 16. Lebensjahr):
 - a. Aktuelle Schulbescheinigung
 - b. Falls Ausbildungsstelle in Aussicht = Ausbildungsvertrag
 - c. Falls Studienplatz in Aussicht = Immatrikulationsschreiben
11. Selbstständige:
 - a. Aktuell vorliegender Einkommenssteuerbescheid
 - b. Gewinn- und Verlustrechnung des vergangenen Jahres
12. Getrennt lebend:
 - a. Trennungserklärung, schriftlich niedergelegt und unterschrieben von beiden Ehepartnern/Lebenspartnern
 - b. Sorgerechtsbescheinigung vom Gericht oder Rechtsanwalt für minderjährige Kinder
 - c. Nachweis über Regelmäßigkeit des Besuchskontaktes
 - d. Nachweis über die Höhe des (zu erwartenden) Unterhalts*
13. Geschieden:
 - a. Scheidungsurteil mit Regelung des Sorgerechts/Aufenthaltsbestimmungen/Besuchskontakts
 - b. Aktuelle Unterhaltsnachweise und Versorgungsausgleich*
14. Junges Ehepaar:
 - a. Heiratsurkunde falls innerhalb der letzten 5 Jahre geheiratet und beide Ehepartner das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben
15. Minderjährige:
 - a. Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten (oder des Jugendamtes)
16. Schwerbehinderte
 - a. Schwerbehindertenausweis
 - b. Bei Rollstuhlfahrern und Blinden: Ärztliches Attest, dass sie auf einen Rollstuhl angewiesen sind
 - c. Nachweis über Pflegegrad sowie Pflegegeld
17. Bei ausländischer Staatsangehörigkeit:
 - a. Nachweis der Aufenthaltstitel aller zum Haushalt rechnenden Personen mit mindestens 1 Jahr Gültigkeit
 - b. Falls vorhanden: grünes Zusatzblatt mit Nebenbestimmungen
 - c. Alternativ eine Bestätigung der Ausländerbehörde, dass aktuell keine ausländerechtlichen Bedenken gegen eine Erteilung oder Verlängerung für 1 Jahr bestehen

*zu Punkt 12/13 Unterhalt:

Der Wohnberechtigungsschein wird nicht vorübergehend erteilt. Im Gegensatz zu vorübergehend bewilligten Leistungen wie z. B. Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II oder Wohngeld, die jederzeit eingestellt oder zurückgefordert werden können, kann der WBS nicht befristet ausgestellt werden. Daher ist zu berücksichtigen, dass bei Antragstellung auch das zukünftig zu erwartende Einkommen – hier Unterhalt – bei der Einkommensberechnung bereits zugrunde zu legen ist.

Beachten Sie bitte, dass diese Nachweise nicht nachgereicht werden können.

Antrag¹ auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins

Behörde:

Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 9
Wohnungswesen
51465 Bergisch Gladbach

Nicht ausfüllen!
(Eingangsstempel Gemeinde/Wohngeldstelle)

Bitte postalisch oder persönlich bei der im
Anschriftenfeld aufgeführten Behörde einreichen!

Antragstellerin/Antragsteller

Herr Frau

Familienname/Geburtsname

Vorname(n)

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit:

Familienstand

deutsch andere:

derzeitige Wohnanschrift: Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

1. Ich beantrage eine/einen

- 1a) für ein Jahr gültigen allgemeinen Wohnberechtigungsschein zum Bezug einer heute noch nicht konkret zu bezeichnenden öffentlich geförderten Wohnung (§ 18 WFNG NRW)
- 1b) gezielten Wohnberechtigungsschein für die nachstehend bezeichnete öffentlich geförderte Wohnung (§ 18 WFNG NRW)
- 1c) Benutzungsgenehmigung als Eigentümer/in der nachstehend bezeichneten öffentlich geförderten Wohnung (§ 17 Abs. 6 WFNG NRW)
- 1d) Wohnberechtigungsschein (WBS) EK-Gruppe B

2.1 Angaben zur Wohnung falls 1a) angekreuzt wurde

Lage im Stadtgebiet

Geschoss

Größe in m²

Räume

Ausstattung:

Heizung

Bad/Dusche

separates WC

Garage/Einstellplatz

Tragbare Miete monatlich in Euro:

2.2 Angaben zur Wohnung falls 1b) angekreuzt wurde

Objekt: Ort, Straße, Nr.

Geschoss

Räume

Kammern

Wohnfläche in m²

Ifd. Nr. der Wohnung

rechts vorn Mitte hinten links

Arbeitsküche

Vormieter/in

Vermieter/in

3. Ich beantrage über die angemessene Wohnungsgröße⁶ hinaus

m²

weitere/n Wohnraum/Wohnräume wegen
gem. § 18 Abs. 2 WFNG NRW zuzubilligen.

persönlicher Gründe

beruflicher Gründe

Wohnungstausches

Begründung⁷

4. Derzeitige Wohnverhältnisse

4.1 Ich bewohne eine

freifinanzierte Wohnung

Obdachlosenunterkunft

Notunterkunft

ein Wohnheim

Übergangsheim

die elterliche Wohnung

Sozialwohnung (öffentlich geförderte Wohnung)

mit nicht-öffentlichen Mitteln geförderte Wohnung (2. oder 3. Förderweg)

4.2 als

Mieter/in

Untermieter/in

Eigentümer/in

Bauherr/in, der/die mindestens vier Sozialwohnungen geschaffen hat und hiervon eine selbst benutzen möchte

Räume

4.3 Die Wohnung besteht aus:

Arbeitsküche (bis 10 m²)

Wohnküche (mehr als 10 m²)

in m²

4.4 Wohnungsgröße:

4.5 Die Wohnung ist ausgestattet mit:

Bad

mit Heizung

ohne Heizung

Garage/Einstellplatz

Nettomiete (monatlich) ohne Betriebskosten in Euro

Betriebskosten (monatlich) in Euro

Heizungskosten (monatlich) in Euro

4.6

4.7 Die Wohnung soll:

aufgegeben werden

beibehalten werden

eingetauscht werden (für Wohnungstausch)

5. Begründung des Wohnungswechsels

zu kleine Wohnung

zu große Wohnung

zu hohe Miete/Heizungskosten

schlechte Verkehrsanbindung

bauliche Mängel/Schäden

unzureichende Ausstattung

Trennung/Auszug aus gem. Wohnung

Umzug in andere Stadt

altersgerechte/barrierefreie Wohnung notwendig

Maßnahme des Städtebaues oder der Verkehrsplanung

Kündigung des Vermieters/Räumungsurteil

sonstige Begründung:

6. Haushaltsmitglieder, die mit dem/der Antragsteller/in schon gemeinsam eine Wohnung bewohnen oder innerhalb von 6 Monaten einen gemeinsamen Haushalt führen werden:

	Name/Geburtsname,yorname(n)		Ehegatte (1) ² familienangehörig (2) nicht familienangehörig (3)	Beruf (Angabe freiwillig)	Bei Angehörigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit		
					Staatsangehörigkeit	Wohnhaft in der BRD seit	Befristung der Aufenthaltsgenehmigung ³
6.1	Antragsteller/in		verheiratet seit				
6.2							
6.3							
6.4							
6.5							
6.6							
6.7							
6.8							
6.9							

Bitte beachten: Im Falle einer Schwangerschaft erhöht sich die Einkommensgrenze um einen Zuschlag für eine weitere Person; fügen Sie deshalb bitte bei zu erwartender Geburt ein ärztliches Attest bzw. Mutterpass in Kopie bei.

7. Zugehörigkeit zu anderen Personengruppen

Diese Angabe ist freiwillig; in einem Wohnberechtigungsschein wird sie nur auf Antrag aufgenommen.

Die unter Nr. 6 aufgeführte/n Person/en ist/sind

<input type="checkbox"/> 7.1 schwerbehindert	Ifd. Nr. 6	<input type="checkbox"/> 7.9 ältere Menschen	Ifd. Nr. 6
Grad der Behinderung: <input type="text"/>			
<input type="checkbox"/> 7.2 hilflos ⁵ im Sinne des § 33b Abs. 6 Satz 3 Einkommensteuergesetz	Ifd. Nr. 6	<input type="checkbox"/> 7.10 Studierende/r	Ifd. Nr. 6
<input type="checkbox"/> 7.3 junges Ehepaar	Ifd. Nr. 6	<input type="checkbox"/> 7.11 schwanger	Ifd. Nr. 6
<input type="checkbox"/> 7.4 Kind im Sinne des § 32 Einkommensteuergesetzes, das noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet hat und eine Ausbildungsvergütung bezieht	Ifd. Nr. 6	<input type="checkbox"/> 7.12 alleinerziehend	Ifd. Nr. 6
<input type="checkbox"/> 7.5 häuslich pflegebedürftig Pflegestufe: <input type="text"/>	Ifd. Nr. 6	<input type="checkbox"/> 7.13 sonstige ⁴ : <input type="text"/>	Ifd. Nr. 6
<input type="checkbox"/> 7.6 Rollstuhlfahrer/in	Ifd. Nr. 6	<input type="checkbox"/> 7.14 Es wird beantragt, die Zugehörigkeit zum aufgeführten Personenkreis laut Nr. 7 <input type="text"/> im Wohnberechtigungsschein anzugeben.	
<input type="checkbox"/> 7.7 Notunterkunftsbewohner/in	Ifd. Nr. 6	<input type="checkbox"/> 7.15 Nachweise über die Zugehörigkeit zu einem besonderen Personenkreis sind beigefügt, und zwar: <input type="text"/>	
<input type="checkbox"/> 7.8 kinderreiche Familien	Ifd. Nr. 6		

8. Ich erkläre,

dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen. Nachteilige Folgen aus unwahren oder unvollständigen Angaben habe ich selbst zu vertreten.
Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als Falschbeurkundung oder Betrug verfolgt und bestraft werden können.
Ich weiss, dass die Genehmigung gebührenpflichtig ist.

Hinweis: Dieser Antrag wird zu den Akten genommen. [§ 25 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) vom 02.12.2009; § 44 WFNG NRW]

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragstellenden

9.1 Erklärung des Vermieters (falls Nr. 1b angekreuzt wurde)

9.1 Name des Vermieters/der Vermieterin

Telefon tagsüber

Anschrift

9.2 Ich bin bereit, mit dem/der vorgenannten Wohnungssuchenden für die o.a. Wohnung einen Mietvertrag abzuschließen.

Die Wohnung ist bezogen seit / wird voraussichtlich beziehbar sein am

Die Netto-Kaltmiete in Euro (Einzelmiete ohne Betriebskosten) beträgt

9.3 Dieser Antrag gilt auch als Antrag auf Erteilung einer Freistellung der Wohnung, falls der/die Wohnungssuchende nicht wohnberechtigt ist. Mir ist bekannt, dass die Freistellung gebührenpflichtig ist und mit Auflagen, Bedingungen oder unter Befristung erteilt werden kann.

Die Freistellung wird beantragt wegen

- eines überwiegenden Interesses des Verfügungsberechtigten oder eines Dritten.
- der wohnungswirtschaftlichen Verhältnisse (Unvermietbarkeit der Wohnung an Wohnberechtigte).
- eines überwiegenden/ausschließlichen öffentlichen Interesses.
- der Schaffung oder Erhaltung sozial stabiler Belegungsstrukturen.

Begründung

9.4 Als Ausgleich für die Freistellung räume ich der zuständigen Stelle für die Dauer der Freistellung vertraglich ein Belegungsrecht an nachfolgend benannter freifinanzierter Wohnung ein. Diese Wohnung ist bezugsfertig oder frei.

Straße, Hausnummer

Lage (links, mitte, rechts)

PLZ, Ort

Stockwerk

Größe in m²

Ort, Datum

Unterschrift des Vermieters/der Vermieterin

¹ Aus Datenschutzrechtlichen Gründen kann die Erklärung des Vermieters in Punkt 9 zuerst ausgefüllt werden, der restliche Antrag im Anschluss.

² Bitte die jeweils zutreffende Nummerierung eintragen

³ ebenso: Aufenthaltsberechtigung/Duldung

⁴ Zugehörigkeit zu einem sonstigen besonderen Personenkreis bitte hier aufführen.

⁵ Hilflos ist, wer ein entsprechendes Merkzeichen „H“ im Schwerbehindertenausweis besitzt, in einem Bescheid der für die Durchführung des Bundesverordnungsgesetzes zuständigen Behörde als hilflos anerkannt wurde oder Schwerpflegebedürftige/r in Stufe III des Pflegeversicherungsgesetzes (XI. Buch Sozialgesetzbuch) ist.

⁶ Angemessen sind regelmäßig folgende Wohnungsrößen:

- für Alleinstehende: 50m² Wohnfläche

- für 2-Personen-Haushalte: 65m² oder 2 Wohnräume, zzgl. Arbeitsküche (bis zu 15m²)

- für jede weitere haushaltsgehörige Person erhöht sich die Wohnfläche um einen Raum oder 15m² Wohnfläche.

⁷ Bei zu erwartender Geburt eines Kindes wird ein zusätzlicher Wohnraum gewährt; ebenso bei kinderlosen jungen Ehepaaren, die noch nicht länger als 5 Jahre verheiratet sind und bei denen noch keiner der Ehegatten das 40. Lebensjahr vollendet hat. (Bitte entsprechende Nachweise (Kopien) beifügen!)

Die stark umrandeten Felder werden von der Behörde ausgefüllt !!!!!

Einkommenserklärung

für den sozialen Wohnungsbau
von Wohnungssuchenden/Wohnungsinhabern/Wohnungsinhaberinnen

Name, Vorname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	Beruf
PLZ, Ort	Telefon-Nr.

1	Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit / Versorgungsbezügen		
1 a) steuerpflichtige Einkünfte des Kalenderjahres vor Antragstellung		01.01. bis 31.12.20 _____ €	
1 b) steuerpflichtige Einnahmen der letzten 12 Monate vor Antragstellung / vor dem Stichtag, ohne Sonderzuwendungen und ohne steuerfreie Einnahmen			
Monat / Jahr	_____ €	Monat / Jahr	_____ €
Monat / Jahr	_____ €	Monat / Jahr	_____ €
Monat / Jahr	_____ €	Monat / Jahr	_____ €
Monat / Jahr	_____ €	Monat / Jahr	_____ €
Monat / Jahr	_____ €	Monat / Jahr	_____ €
Monat / Jahr	_____ €	Monat / Jahr	_____ €
Gesamteinkommen _____ €			
bei gleichbleibendem monatlichem Einkommen			
Monatsbetrag _____ € X 12 Monate = Gesamteinkommen _____ €			

3	Bisherige Sonderzuwendungen der abgelaufenen 12 Monate (gezahlte oder zu erwartende):	
	Weihnachtsgeld	€
	Urlaubsgeld	€
	Zusätzliche Monatsgehälter	€
	Sonstige zusätzliche Leistungen / Sachbezüge	€
	Jahressumme :	€

4	Bisherige steuerfreie Bezüge der abgelaufenen 12 Monate
	<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld I <input type="checkbox"/> Unterhaltsleistungen <input type="checkbox"/> ausländische Einkünfte
	Art: <input type="checkbox"/> _____ wöchentlich: _____ € <input type="checkbox"/> _____ wöchentlich: _____ € <input type="checkbox"/> _____ monatlich: _____ € <input type="checkbox"/> _____ monatlich: _____ € <input type="checkbox"/> _____ jährlich: _____ € <input type="checkbox"/> _____ jährlich: _____ €
	Jahressumme: _____ €

5	<p>Bisherige Werbungskosten</p> <p>Pauschal (1230€) oder in nachgewiesener / glaubhaftgemachter Höhe</p> <p>Begründung:</p> <hr/> <p>Jahresbetrag:</p> <p>€</p>
	<p>Jahressumme : -</p> <p>€</p>

6	<p>Einkunftsveränderungen gegenüber den unter Nr. 1-4 aufgeführten Einkünften der vergangenen 12 Monate, die im laufenden Monat der Antragstellung / des Stichtages bereits eingetreten oder mit Sicherheit innerhalb von 12 Monaten zu erwarten sind</p> <p><input type="checkbox"/> Einkunftsveränderung <input type="checkbox"/> Einkunftsveränderung</p> <p>Betroffen sind:</p> <table> <tr> <td><input type="checkbox"/> neues Bruttoeinkommen</td> <td>ab _____</td> <td>€ _____</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> andere Einkünfte</td> <td>ab _____</td> <td>€ _____</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> steuerfreie Bezüge</td> <td>ab _____</td> <td>€ _____</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Sonderzuwendungen</td> <td>ab _____</td> <td>€ _____</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Werbungskosten</td> <td>ab _____</td> <td>€ _____</td> </tr> </table> <p>Begründung für die Einkunftsveränderung:</p> <p style="border: 1px solid black; height: 40px;"></p>		<input type="checkbox"/> neues Bruttoeinkommen	ab _____	€ _____	<input type="checkbox"/> andere Einkünfte	ab _____	€ _____	<input type="checkbox"/> steuerfreie Bezüge	ab _____	€ _____	<input type="checkbox"/> Sonderzuwendungen	ab _____	€ _____	<input type="checkbox"/> Werbungskosten	ab _____	€ _____	<p>Jahressummen:</p> <table> <tr><td>€ _____</td></tr> <tr><td>€ _____</td></tr> <tr><td>€ _____</td></tr> <tr><td>€ _____</td></tr> <tr><td>- € _____</td></tr> </table>	€ _____	€ _____	€ _____	€ _____	- € _____
<input type="checkbox"/> neues Bruttoeinkommen	ab _____	€ _____																					
<input type="checkbox"/> andere Einkünfte	ab _____	€ _____																					
<input type="checkbox"/> steuerfreie Bezüge	ab _____	€ _____																					
<input type="checkbox"/> Sonderzuwendungen	ab _____	€ _____																					
<input type="checkbox"/> Werbungskosten	ab _____	€ _____																					
€ _____																							
€ _____																							
€ _____																							
€ _____																							
- € _____																							
		gesamte Jahressumme :	€ _____																				

7 gesamtes Jahreseinkommen : €

8	Krankenversicherung, Rentenversicherung, Steuern		
8.1	<input type="checkbox"/> Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung <input type="checkbox"/> freiwillige Krankenversicherungsbeiträge Versicherer:		12 %
8.2	<input type="checkbox"/> Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung <input type="checkbox"/> freiwillige Rentenversicherungsbeiträge Versicherer:		12 %
8.3	<input type="checkbox"/> Steuern vom Einkommen (Einkommen-, Lohn-, , Kapitalertrag- oder Kirchensteuer)		12 %
8.4	<input type="checkbox"/> keine der unter Nr. 8.1 – 8.3 aufgeführten Zahlungen		
	Pauschaler Abzug	%	€
	Anrechenbares Jahreseinkommen :		

9	Zu meinem Haushalt gehören am Stichtag folgende weitere Personen			
	Name, Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Beruf
9.1	selbst			
9.2				
9.3				
9.4				
9.5				
9.6				
10	<input type="checkbox"/> Ich bestätige ausdrücklich, dass die unter Nr. 9. angegebene(n) Person(en) eigene Einkünfte weder in den vergangenen 12 Monaten hatte(n) noch in den 12 Monaten ab dem Stichtag haben wird / werden. Für weitere Personen sind die notwendigen Einkommenserklärungen beigelegt.			
11	Summe der anrechenbaren Jahreseinkommen aller Haushaltsteilnehmer nach Nr. 9 der Einkommenserklärung			
9.1	Jahreseinkommen		€	
9.2	Jahreseinkommen	+	€	
9.3	Jahreseinkommen	+	€	
9.4	Jahreseinkommen	+	€	
9.5	Jahreseinkommen	+	€	
9.6	Jahreseinkommen	+	€	
	Gesamteinkommen aller Familienmitglieder :			€
12	Angaben zur Ermittlung von Frei- und Abzugsbeträgen			
12.1	<input type="checkbox"/> Folgende Haushaltsteilnehmer sind pflegebedürftig und/oder schwerbehindert <input type="checkbox"/> selbst <input type="checkbox"/> aufgeführt unter 9. <input type="checkbox"/> Pflegegrad 5 oder Pflegegrad 4 und wenigstens 80 % schwerbehindert			
	Freibetrag 5.830,00 € x _____ Personen			- €
	<input type="checkbox"/> Pflegegrad 4 oder 100 % schwerbehindert oder Pflegegrad 2 oder 3 und 80% - 100% schwerbehindert			
	Freibetrag 4.500,00 € x _____ Personen			- €
	<input type="checkbox"/> Pflegegrad 2 oder 3 und unter 80 % schwerbehindert oder Pflegegrad 1 und von 80% - 100% schwerbehindert			
	Freibetrag 2.100,00 € x _____ Personen			- €
	<input type="checkbox"/> Pflegegrad 3 oder von 80% bis unter 100% schwerbehindert oder Pflegegrad 1 und unter 80% schwerbehindert			
	Freibetrag 1330,00 € x _____ Personen			- €
	<input type="checkbox"/> Pflegegrad 2 oder von 50 % bis unter 80 % schwerbehindert			
	Freibetrag 665,00 € x _____ Personen			- €
	<input type="checkbox"/> Pflegegrad 1			
	Freibetrag 330,00 € x _____ Personen			- €
12.2	Zwei-Personen-Haushalte und junges Ehepaar mit mindestens einem Kind			
	Freibetrag 4.000,00 €			- €
12.3	Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen			
	Unterhaltsleistungen werden von folgenden Personen gezahlt: <input type="checkbox"/> selbst <input type="checkbox"/> aufgeführt unter 9. an folgende Person(en):			
	Betragshöhe pro unterhaltene Person: <input type="checkbox"/> monatlich _____ € <input type="checkbox"/> jährlich _____ €			

	Die unterhaltsberechtigte(n) Person(en) gehört / gehören	
	<input type="checkbox"/> als Familienmitglied zum Haushalt, jedoch auswärts untergebracht	
	Abzugsbetrag (bis 4.000,00 € je Person)	- €
	<input type="checkbox"/> nicht zum Haushalt, es handelt sich <u>um</u> eine(n) dauernd getrennt lebende(n) oder bisherige(n) Ehegattin / Ehegatten	
	Abzugsbetrag (bis 8.000,00 € je Person)	- €
	<input type="checkbox"/> nicht zum Haushalt. Die Unterhaltsleistungen werden zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen oder aufgrund einer Unterhaltsvereinbarung / eines Unterhaltstitels / eines Bescheides gezahlt.	
	Abzugsbetrag (bis 4.000,00 € je Person oder evtl. auch über 4.000,00 € je Person)	- €
13	Gesamteinkommen :	- €

14	Ich versichere, dass vorstehende Erklärungen richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als Falschbeurkundung oder Betrug verfolgt und bestraft werden können. !!!Die Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wurde ausgehändigt!!!	
		Unterschrift Antragsteller
	Ort u. Datum	
15	Die Richtigkeit der Angaben zu den Nr. 1, 3, 4, 6, 8 wird bestätigt Ort u. Datum	Arbeitgeber/in / Stempel / Telefonnummer

Feststellung der Behörde

(Nicht vom / von der Antragsteller-(in) auszufüllen)

1	Die Einkommensgrenze beträgt:	
	Grundbetrag für den / die Antragsteller / in	23.540,00 €
	Grundbetrag für 2-Personen-Haushalt	28.350,00 €
	Grundbetrag für 3-Personen-Haushalt	34.880,00 €
	zu berücksichtigende Einkommensgrenze :	€
	zuzüglich je 6.530,00 € für _____ weitere Angehörige	+ €
	zuzüglich je 860,00 € für _____ Kinder nach § 32 EStG	+ €
	Maßgebende Einkommensgrenze :	€
2	Gesamteinkommen Nr. 13 der Erklärung	- €
3	<input type="checkbox"/> Die Einkommensgrenze wird überschritten Die Überschreitung beträgt _____ € = _____ %	
	<input type="checkbox"/> Die Einkommensgrenze wird unterschritten Die Unterschreitung beträgt _____ € = _____ %	
4	Ort, Datum	Unterschrift
	Bergisch Gladbach, den	

Die stark umrandeten Felder werden von der Behörde ausgefüllt !!!!!!

Einkommenserklärung

für den sozialen Wohnungsbau von wohnungssuchenden Haushaltsangehörigen

Name, Vorname	Geburtsdatum
Anschrift	Beruf

5	Bisherige Werbungskosten pauschal oder in nachgewiesener / glaubhaftgemachter Höhe			
	Begründung:			
	Jahresbetrag:	€		
	Jahressumme:	-	€	
6	Einkunftsveränderungen gegenüber den unter Nr. 1-4 aufgeführten Einkünften der vergangenen 12 Monate, die im laufenden Monat der Antragstellung / des Stichtages bereits eingetreten oder mit Sicherheit innerhalb von 12 Monaten zu erwarten sind			
	<input type="checkbox"/> Einkunftsveränderung <input type="checkbox"/> Einkunftsveränderung			
	Betroffen sind:		Jahressummen:	
	<input type="checkbox"/> neues Bruttoeinkommen	ab _____	€	
	<input type="checkbox"/> andere Einkünfte	ab _____	€	
	<input type="checkbox"/> steuerfreie Bezüge	ab _____	€	
	<input type="checkbox"/> Sonderzuwendungen	ab _____	€	
	<input type="checkbox"/> Werbungskosten	ab _____	€	
			-	
			€	
	Begründung für die Einkunftsveränderung bzw. Einkunftsveränderung:			
	gesamte Jahressumme:		€	
7	Gesamtes Jahreseinkommen:			€
8	Krankenversicherung, Rentenversicherung, Steuern			
8.1	<input type="checkbox"/> Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung <input type="checkbox"/> freiwillige Krankenversicherungsbeiträge		12 %	
8.2	<input type="checkbox"/> Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung <input type="checkbox"/> freiwillige Rentenversicherungsbeiträge		12 %	
8.3	<input type="checkbox"/> Steuern vom Einkommen (Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag- oder Kirchensteuer)		12 %	
8.4	<input type="checkbox"/> keine der unter Nr. 8.1 – 8.3 aufgeführten Zahlungen			
	Pauschaler Abzug _____ % -		% - €	
	Anrechenbares Jahreseinkommen:			€

14	Ich versichere, dass vorstehende Erklärungen richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als Falschbeurkundung oder Betrug verfolgt und bestraft werden können. !!!Die Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wurde ausgehändigt!!!		
	Unterschrift Antragsteller		
	Ort u. Datum		
15	Die Richtigkeit der Angaben zu den Nr. 1, 3, 4, 6, 8 wird bestätigt	Arbeitgeber/in / Stempel / Telefonnummer	
	Ort u. Datum		

Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
(Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person)

1. Bezeichnung der Datenverarbeitung	Bewilligungsverfahren von Wohnberechtigungsscheinen
2. Verantwortlich <i>(Name / Kontaktdata der/des verantwortlichen Abteilung / Sachgebietes, der/das die personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person erhebt)</i>	Stadt Bergisch Gladbach Der Bürgermeister Wohnungswesen / Wohnberechtigung Frau Bender Konrad-Adenauer-Platz 9 51465 Bergisch Gladbach Tel. 02202 / 14 - 2750, wohnungswesen@stadt-gl.de
3. ggf. Vertretung	Vertretung innerhalb der zuständigen Organisationseinheit Frau Tevs, Tel. 02202 14 - 2595, wohnungswesen@stadt-gl.de
4. Datenschutzbeauftragter	Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Stadt Bergisch Gladbach Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach Tel. 02202 14 - 2501, datenschutz@stadt-gl.de
5. Zweck der Datenverarbeitung	Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen / Freistellungen
6. Rechtsgrundlage <i>(ohne Rechtsgrundlage ist die Einwilligung gem. Art.6 Abs.1 a) i. V. m. Art.7 u. 8 DSGVO erforderlich)</i>	§§ 3, 14, 25 WFNG NRW, § 3 DSG NRW
7. Ggf. Empfänger / Kategorien von Empfängern der Daten	Empfänger von Datenübermittlungen <ul style="list-style-type: none"> - Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter - Arbeitgeber - Vermieter - Renten- und Unfallversicherung - Einwohnermeldebehörden anderer Städte - Unterhaltsvorschussstelle - Interne Weitergabe der Stadt Bergisch Gladbach, soweit dies durch eine Rechtsgrundlage gestattet und notwendig ist
8. Dauer der Speicherung:	Vernichtung der Akten und Löschung der Daten erfolgt nach 5 Jahren.
9. Rechte der Betroffenen <i>(Text nicht verändern!)</i>	Betroffene Personen haben insbes. folgende Rechte, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind: <ul style="list-style-type: none"> - Art.15: Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten - Art. 7: Recht zum Widerruf einer Einwilligung - Art.16: Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten - Art.17: Recht auf Löschung (Vergessenwerden) - Art.18: Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung - Art.20: Recht auf Datenübertragbarkeit - Art.21: Recht auf Widerspruch wegen besonderer Umstände - Art.77: Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde
10. Zuständige Aufsichtsbehörde	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf Telefon 0211 / 38424-0 Fax 0211 / 38424-10 Email: poststelle@ldi.nrw.de , Internet www.ldi.nrw.de